

Peer Steinbrück

Gestalten statt Aussitzen

-

**Vorrang in den ersten 100 Tagen
einer SPD-geführten
Bundesregierung**

Berlin, 29. August 2013

„Stillstand ist gefährlich: Es muss sich nicht alles, aber einiges ändern, damit unser Land stark bleibt und zusammenhält.“

Am 22. September 2013 endet die Zeit des politischen Stillstands in Deutschland. Deutschland ist ein starkes Land, aber es wird unter Wert regiert. Schwarz-Gelb sitzt Probleme aus und vertagt Entscheidungen. Wir brauchen einen Politikwechsel hin zu Tatkraft und Entschlossenheit, zu Überzeugungen und Werten. Wir brauchen eine Regierung, die gestaltet, statt nur verwaltet. *Wir brauchen eine Bundesregierung, die Herausforderungen annimmt und in die Zukunft investiert – also eine rot-grüne Bundesregierung.*

Ich will ein Deutschland, das stark ist, weil es gerecht zugeht. Die Richtschnur der Regierungspolitik einer von mir geführten Bundesregierung ist das Regierungsprogramm 2013-2017. In den ersten 100 Tagen nach Amtsübernahme wird eine Bundesregierung unter meiner Führung einen schnellen Politikwechsel umsetzen.

Dabei werden wir folgende Prioritäten setzen:

Politikwechsel für gerechte Löhne und Renten:

1. Gesetz für einen bundesweiten Mindestlohn von 8,50 Euro einführen

Mit mir als Bundeskanzler wird die Regierung ein Gesetz für einen flächendeckenden **Mindestlohn** von **8,50 Euro** vorlegen. Mehr als fünf Millionen Menschen werden so höhere Löhne bekommen. Dann ist endlich Schluss mit der Subventionierung von Billiglohn-Arbeitgebern durch Steuergelder. Ein Mindestlohn ist sozial gerecht, weil alle von ihrer Arbeit leben können müssen. Und er ist wirtschaftlich sinnvoll, weil er die Kaufkraft von Verbraucherinnen und Verbrauchern stärkt, sowie die öffentlichen Haushalte und Sozialsysteme entlastet – insgesamt um bis zu 5 Mrd. Euro pro Jahr.

2. Entgeltgleichheitsgesetz für den gleichen Lohn von Frauen und Männern in Kraft setzen

Noch immer verdienen Frauen im Durchschnitt 22 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Mit mir als Bundeskanzler wird die Regierung diesen Stillstand auflösen und ein **Entgeltgleichheitsgesetz vorlegen**, das die unterschiedliche Bezahlung von Frauen und Männern beendet.

3. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – Novellierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes

Wir sorgen dafür, dass der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ohne Wenn und Aber durchgesetzt wird. Dazu werden wir umgehend eine **Novelle des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes vorlegen**. Unter anderem wird die konzerninterne Verleihung begrenzt. Betriebsräte in den Entleihbetrieben bekommen mehr Mitbestimmungsrechte über Umfang und Dauer von Leiharbeit und Werkverträgen in den Betrieben. Und es wird der Grundsatz durchgesetzt, dass Leiharbeiter nach einer Einarbeitung den gleichen Lohn wie Stammbeschafteten erhalten. Sie sollen zwar bei wechselnden Unternehmen eingesetzt, aber unbefristet bei den Leiharbeitsunternehmen beschäftigt werden.

4. Großes Rentengesetz mit Solidarrente und Festschreibung der 45-Jahres-Regelung umsetzen

Wir werden in den ersten 100 Tagen ein Rentengesetz auf den Weg bringen, das eine **Solidarrente** einführt: Wer 30 Beitragsjahre bzw. 40 Versicherungsjahre in die Rentenkasse eingezahlt hat und trotzdem nicht mehr als Grundsicherung bekommt, wird mindestens 850 Euro Rente erhalten. Außerdem werden wir in dem Gesetzesvorhaben regeln, dass jeder, der **45 Jahre** in der gesetzlichen Rente versichert war, ab dem 63. Lebensjahr abschlagsfrei in Rente gehen kann.

Politikwechsel für mehr Wahlfreiheit und bezahlbares Wohnen:

5. Betreuungsgeld abschaffen und in Kitas investieren

Für ein modernes Deutschland wird eine von mir geführte Bundesregierung mit Hilfe der rot-grünen Mehrheit im Bundesrat das rückwärtsgewandte **Betreuungsgeld** von Schwarz-Gelb wieder **abschaffen**. Etwa die Hälfte der frei werdenden Mittel werden wir über das „Sondervermögen Kinderbetreuungsausba“ des Bundes in den Kita-Ausbau umleiten. Bis 2017 können so 200.000 zusätzliche Kita-Plätze geschaffen werden. Die andere Hälfte des Geldes wird zur Verbesserung der frühkindlichen Bildung und für das dafür notwendige Personal eingesetzt. Zusätzlich werden wir ein umfassendes Ganztagschulprogramm auflegen.

6. Doppelte Staatsbürgerschaft ohne Beschränkungen umsetzen

Niemand soll sich in Deutschland mehr zwischen dem Herkunftsland seiner Eltern und seinem Heimatland entscheiden müssen. Mit mir als Bundeskanzler wird die Regierung in den ersten 100 Tagen dem Bundestag ein Gesetz vorlegen, mit dem die **doppelte Staatsbürgerschaft** ohne Wahlpflicht eingeführt wird.

7. „Bezahlbares Wohnen“-Gesetz umsetzen

Meine Regierung wird umgehend nach Amtsübernahme mit Hilfe der rot-grünen Mehrheit im Bundesrat eine **Bremse für Bestands- und Neumieten** verankern. Bei Wiedervermietungen darf die Miete zukünftig maximal 10 Prozent über dem ortsüblichen Vergleichssatz liegen. Bei Bestandsmieten wird die Erhöhung auf maximal 15 Prozent in vier Jahren begrenzt. Außerdem werden wir die **Maklergebühren** neu regeln. Künftig wird bei der Inanspruchnahme von Maklern der Grundsatz gelten: Wer bestellt, der bezahlt.

Politikwechsel für gerechte Steuern und eine wirksame Finanzmarktregulierung:

8. Neustart bei der Finanzmarktregulierung

Seit fünf Jahren ächzen die Staaten Europas unter der Last der Bewältigung der von den Finanzmarktinstituten verursachten Krise. Die Bundesregierung hat die Verursacher der Krise nicht an den Krisenkosten beteiligt. Mit mir als Bundeskanzler wird die Regierung die **Sitzung des Europäischen Rates im Dezember 2013** nutzen, um eine **europäische Abwicklungsbehörde mit einem bankenfinanzierten Fonds** auf den Weg zu bringen. Wir wollen in ganz Europa auch bei großen Banken die Staatshaftung glaubhaft und wirksam beenden. Außerdem werden wir unverzüglich eine Initiative starten, um den festgefahrenen Prozess zur Einführung der **Finanztransaktionsteuer** im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit in der EU so schnell wie möglich abzuschließen. Einen Teil der Einnahmen wollen wir u.a. für die Entwicklungshilfe und die Klimavorsorge verwenden.

9. Für gerechte Steuern sorgen und den Steuerbetrug bekämpfen

Mit mir als Bundeskanzler wird die Regierung mit Hilfe der rot-grünen Mehrheit im Bundesrat den **Spitzensteuersatz auf 49 Prozent erhöhen**, aber diesen erst ab einem zu versteuernden Einkommen von 100.000 Euro für Singles und 200.000 Euro für Verheiratete greifen lassen. Deswegen sind davon 95 Prozent der Steuerzahler nicht betroffen. Parallel dazu werden wir die **Abgeltungssteuer von 25 Prozent auf 32 Prozent erhöhen** und das von Schwarz-Gelb klientelpolitisch motivierte Mehrwertsteuerprivileg für das Gaststättengewerbe („**Mövenpick-Steuer**“) **zurücknehmen**. Außerdem wird die Regierung mit mir als Bundeskanzler dem Bundestag ein Gesetz vorlegen, mit dem die **Stromsteuer um 25 Prozent abgesenkt** wird und damit alle Verbraucher um 1,6 Mrd. Euro entlastet werden.

Ich werde für mehr Steuergerechtigkeit sorgen. Steuerbetrug ist eine Straftat, die den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährdet. Mit mir als Bundeskanzler wird die Regierung sofort ein Gesetz vorlegen, das die **Regelungen zur strafbefreienden Selbstanzeige verschärft**. International wird die Bundesregierung umgehend auf einen **automatischen Informationsaustausch** drängen.